

An alle Mitgliedsorganisationen

Rundschreiben Nr. 3/24 – Dezember 2024

I. Wirtschaft

Es wird fast in jedem Jahr von einem heißen Herbst gesprochen. In kaum einem Jahr war es so wahr wie diesmal:

In USA ist die Wahl wieder für Donald Trump ausgegangen und am gleichen Tag platzte die sog. Ampelregierung in Berlin. Beides wird spürbare Auswirkungen auf die Sicherheitslage und die Wirtschaft in unserem Land haben – beides Bereiche, die ohnehin unter starker Anspannung stehen und die auch die Freien Berufe wieder in stärkerem Maße herausfordern werden.

Umso wichtiger ist das Eintreten der Freien Berufe für den Erhalt der Demokratie; ein Motor in diesem Bereich ist der BFB-Demokratie Campus, der Bestandteil eines Kapitels in der Publikation des Freiheitsindex 2024 war. In diesem wurde festgestellt, dass insbesondere im Jahr 2023 das subjektive Freiheitsgefühl bei den Deutschen stark eingeschränkt war. 2023 fühlten sich noch 40 % der Befragten völlig frei in ihren Äußerungen, während 44 % bei bestimmten Themen Zurückhaltung zeigten. 2024 deutet sich eine mögliche Trendwende an: 47 % der Befragten gaben an, sich weder uneingeschränkt äußern zu können oder zu wollen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Quartal 2024 gegenüber dem zweiten Quartal 2024 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,2 Prozent gewachsen. Laut Statistischem Bundesamt nahmen im dritten Quartal 2024 insbesondere die staatlichen und privaten Konsumausgaben zu. Die Wirtschaftsleistung ging nach neuesten Berechnungen um 0,3 Prozent zurück nach einem Plus zum Jahresbeginn von 0,2 Prozent. Den Ergebnissen der 167. Steuerschätzung zufolge, die am 24. Oktober 2024 veröffentlicht wurde, betragen die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen in 2024 941,6 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen liegen im Vergleich zur Schätzung im Mai im Durchschnitt der Jahre 2024 bis 2028 um rund 11,6 Milliarden Euro niedriger.

In dieser Gesamtwirtschaftslage stellen sich die Freien Berufe als Jobmotor dar. So lautet die Überschrift der Pressemitteilung des BFB anlässlich der Veröffentlichung der jüngsten Freiberuflerstatistik am 17. Oktober 2024. Die Zahl der selbständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler stieg zwischen dem 1. Januar 2023 und dem 1. Januar 2024 um ein knappes Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei den Freien Berufen liegt bei 6.211.000 Menschen – dies ist ein Plus von 1,48 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. In den neuen Bundesländern kann zwischen 1993 und 2024 ein Plus von 269,7 Prozent bei den selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberuflern verzeichnet werden.

Trotz dieser quantitativen Entwicklung schätzt jede fünfte Freiberuflerin, jeder fünfte Freiberufler die eigene Geschäftslage als schlecht ein. Dies ist das Ergebnis der BFB-Konjunkturumfrage im Sommer 2024. BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister führt dies auf die multiplen Dauerkrisen in den vergangenen Jahren zurück, nach denen es kaum Erholungsphasen gegeben hat – Corona, steigende Energiekosten, die andauernde Wirtschaftskrise sowie der Fachkräftemangel. Auch wird die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen geringer eingeschätzt als früher – daraus folgt wenig Hoffnung für die politischen Rahmenbedingungen für die freiberufliche Tätigkeit. Die vollständige Pressemitteilung und die Ergebnisse der BFB-Konjunkturumfrage im Einzelnen haben wir Ihnen in der Anlage beigefügt.

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag am 5. November 2024 den sechsten Steuerprogressionsbericht zugeleitet. Dieser dient als Basis zum Ausgleich der sogenannten Kalten Progression. Diese bezeichnet Steuermehrbelastungen, die entstehen, soweit Einkommenserhöhungen die Inflation ausgleichen, also die Realeinkommen unverändert bleiben, bei denen es aber infolge des progressiven Einkommenssteuertarifs zu einem Anstieg der steuerlichen Durchschnittsbelastung kommt. Der Steuerprogressionsbericht beziffert die Wirkung der Kalten Progression 2024 auf 9,6 Milliarden Euro und 2025 auf 7,9 Milliarden Euro. 2024 seien rund 35,1 Millionen Steuerpflichtige von der Kalten Progression betroffen.

Wie das Statistische Bundesamt Ende August mitteilte, wuchs die Zahl der neuen Ausbildungsverträge 2023 um 2,1 Prozent. Dabei gab es einen besonders hohen Zuwachs von 9 Prozent bei Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit. In einem längeren Zeitvergleich zeigt

sich ein starker Rückgang der Zahl der Neuverträgen in der dualen Berufsausbildung: 2023 wurden 8 Prozent weniger Neuverträge abgeschlossen als 2013. Im Ausbildungsbereich der Freien Berufe liegt die Ausbildungsvergütung in Vollzeit 2023 bei 920 Euro im ersten Ausbildungsjahr. Dennoch herrscht Nachwuchsmangel in den freiberuflichen Praxen, Kanzleien und Büros. 40.000 Auszubildende werden im Bereich der Freien Berufe noch gesucht. Junge Menschen haben bei den Freien Berufen die besten Chancen einen Ausbildungsplatz zu finden – gerade auch diejenigen mit ausländischen Wurzeln. Laut BFB-Präsident Hofmeister bringen sie als Pluspunkt eine weitere Sprache und interkulturelle Kompetenz, insbesondere in den Freien Berufen, die nah am Menschen sind, mit. Dies spiegelt sich in der ersten Bilanz des vor einem Jahr in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Die Visa-Zahlen sind bei Menschen, die in Deutschland ihre Berufsausbildung machen, im Bereich der Auszubildenden um zwei Drittel gestiegen im Vergleich zum Vorjahr.

Wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mitteilte, steht ab dem 1. November 2024 Gründerinnen und Gründern sowie Unternehmensnachfolgerinnen und Unternehmensnachfolgern ein neues Förderangebot zur Verfügung. In Kooperation führen die KfW, die Deutschen Bürgschaftsbanken, das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesfinanzministerium den ERP-Förderkredit Gründung und Nachfolge ein. Mit dem ERP-Kredit werden Investitionen, Unternehmensübernahmen und Betriebsmittelfinanzierungen gefördert. Finanziert werden bis zu 35 Prozent eines Vorhabens mit einer maximalen Kreditsumme von 500.000 Euro. Die Antragstellerinnen und Antragsteller müssen keine Sicherheiten stellen. Darüber hinaus ist eine Kombination mit anderen Förderprogrammen sowie Absicherungsinstrumenten der Bürgschaftsbanken möglich. Für die Förderung stehen zwei Laufzeitvarianten zur Verfügung.

II. Europa

Die Europäische Kommission hat am 19. Juni 2024 das Frühjahrspaket des Europäischen Semesters veröffentlicht. Wesentlicher Bestandteil sind die aktuellen länderspezifischen Empfehlungen, die als Leitlinien für die Bewältigung der wichtigsten wirtschaftlichen, fiskalischen und sozialen Herausforderungen in den Mitgliedsstaaten dienen sollen. Das Europäische Semester bildet den Rahmen für politische Koordinierung und erstreckt sich auch auf die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne in

den Mitgliedsstaaten. Die für Deutschland vier zentralen länderspezifischen Empfehlungen für 2024 und 2025 erstrecken sich auf:

1. Haushalt und Finanzen, öffentliche und private Investitionen, Steuern
2. Beschleunigung der Umsetzung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans sowie der kohäsionspolitischen Programme
3. Fachkräftemangel angehen, Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung beschleunigen, Ausbau digitaler Kommunikationsnetze weiter vorantreiben
4. Dekarbonisierung des Verkehrssektors beschleunigen.

Zum wiederholten Mal ist festzustellen, dass der Dienstleistungsbinnenmarkt und mithin die Freien Berufe keinen Eingang in die länderspezifischen Empfehlungen gefunden haben. Zuletzt gab es in 2019 entsprechende Deregulierungs-Empfehlungen. Welche Auswirkungen eine vom Rat von der EU-Kommission für Juni 2025 geforderte neue Binnenmarktstrategie haben wird, bleibt abzuwarten. Dass sich an dem grundsätzlichen Liberalisierungsansatz der EU-Kommission für den Dienstleistungsbinnenmarkt nichts geändert hat, zeigen die ebenfalls im Rahmen des Frühjahrspakets vorgelegten Länderberichte. Sie bilden die Grundlage für die länderspezifischen Empfehlungen. So wird bezüglich Deutschland die Auffassung vertreten, dass die Berufszugangsrechte und Berufsausübungsregelungen nach wie vor vergleichsweise restriktiv seien. Namentlich werden hier die Architekten, Bauingenieure, Steuerberater und Rechtsanwälte genannt.

III. Berufsrechte

Die Folgen des sogenannten Herrenberg-Urteils waren Mitte September Thema der Beantwortung der Bundesregierung (20/12811) auf eine Kleine Anfrage. Das Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts vom 28.06.2024 (B12R3/20R) hat festgestellt, dass Musikschullehrkräfte, die bislang auf der Basis von Honorarverträgen beschäftigt wurden, sozialversicherungspflichtig seien. Nachgefragt wurde, welche Bereiche für die Entscheidung des Bundessozialgerichts besonders betroffen sind und inwieweit sich die veränderte Prüfpraxis der Deutschen Rentenversicherung jeweils auf die Kurskosten der Berufssprachkurse, der Jobturbo-Berufssprachkurse, der Integrationskurse und der begleitenden Coachings auswirke. Die Antwort der Bundesregierung lautete, dass das Herrenberg-Urteil nach Auslegung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung Auswirkungen auf die Abgrenzung einer abhängigen

Beschäftigung von einer selbständigen Tätigkeit bei Lehrkräften, Lehrbeauftragten und Dozenten an Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen, Fachschulen, Volksschulen und Musikschulen, sowie an sonstigen – auch privaten – Berufsbildungseinrichtungen habe. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stehe in einem intensiven Austausch mit den relevanten Akteuren. Es habe Einvernehmen bestanden, dass die bestehenden Kursangebote aufrechterhalten werden sollen und bei Lehrkräften auch künftig sowohl Beschäftigung als auch Selbständigkeit möglich sein solle.

Es bleibt abzuwarten, wie in der verbleibenden Zeit bis zu den vermutlich im Februar stattfindenden Neuwahlen die Minderheitsregierung die zu bewältigenden Aufgaben, ggfs. mit Hilfe der Opposition, meistern kann und welche Auswirkungen dies auf unsere freiberufliche Tätigkeit haben wird.

Im Namen des Präsidiums wünsche ich Ihnen auch in diesen unruhigen Zeiten eine besinnliche Adventszeit.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. iur. Karin Hahne
-Präsidentin-

Berlin, 30. Juli 2024

Pressemitteilung

Ergebnisse der BFB-Konjunkturumfrage Sommer 2024

Dr. Hofmeister: „Freie Berufe stärken.“

„Jede fünfte Freiberuflerin, jeder fünfte Freiberufler schätzt die eigene Geschäftslage als schlecht ein. Und mehr noch: Nahezu jede dritte Freiberuflerin, jeder dritte Freiberufler erwartet binnen der kommenden sechs Monate eine ungünstigere Entwicklung. Wir Freien Berufe sehen bislang wenig Licht am Ende des Tunnels, unsere Zukunftssorgen nehmen zu und unsere Motivationsreserven werden mehr und mehr aufgezehrt. In den vergangenen Jahren der multiplen Dauerkrisen gab es kaum Erholungsphasen: Corona, steigende Energiekosten und trotz zwischenzeitlicher Belebungszeichen steckt Deutschland in einer Wirtschaftskrise. Überdies macht der Fachkräftemangel vielen Freiberuflerinnen und Freiberuflern weiter stark zu schaffen. Wiederum andere sind betroffen von einem kritischen Marktumfeld aufgrund von Insolvenzen ihrer Auftraggeberinnen und Auftraggeber sowie von Nachhalleffekten durch wegbrechende Aufträge“, so BFB-Präsident Dr. Stephan Hofmeister zu den Ergebnissen der Umfrage.

Und sagt weiter: „Zudem macht auch der Vertrauensverlust mürbe, wächst die Unsicherheit. Unter anderem auch, weil die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen als geringer eingeschätzt wird. So sagen die von uns Befragten, dass die politischen Rahmenbedingungen zukünftig den größten Einfluss auf ihre freiberufliche Tätigkeit haben werden. Erst dann folgt die Herausforderung der Fachkräftesicherung. Hier deuten sich erste Effekte der während des Befragungszeitraums noch ausstehenden Europawahl sowie der kommenden Landtagswahlen und insbesondere der Bundestagswahl an, was die politische Verlässlichkeit und daran geknüpfte Wertschätzung von Unternehmern und Selbstständigen nochmal in den Fokus der befragten Freiberuflerinnen und Freiberufler lenkt.

Die Bundesregierung muss den Erhalt unserer wirtschaftlichen Basis priorisieren, unsere Wirtschaftskraft und Widerstandsfähigkeit stärken. Dazu gehört auch, den Mittelstand zu entlasten. Hier sind wir Freien Berufe ein relevanter Sektor, denn wir steuern herausragende Impulse für einen erfolgreichen Transformationsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft bei. Damit wir unsere Potenziale entfalten können, brauchen wir kluge Konzepte für die Fachkräftesicherung, mehr Mut zur Selbstständigkeit, weniger Bürokratie – allem voran aber verlässliche politische Rahmenbedingungen, die auch Planungssicherheit bringen.

Unser System „Freier Beruf“ steht für Qualität und Verbraucherschutz pur – zu jedermanns Vorteil. Darauf kann und sollte die Politik vertrauen und unser System stärken.“

Ergebnisse der BFB-Konjunkturumfrage Sommer 2024 im Einzelnen:

Aktuelle Geschäftslage

Ihre aktuelle Geschäftslage bewerten 37,4 Prozent der befragten Freiberuflerinnen und Freiberufler als gut, 42,4 Prozent als befriedigend und 20,2 Prozent als schlecht. Damit trübt sich die Stimmung – verglichen mit den Sommer-Werten 2023 – merklich ein: Vor einem Jahr lagen die Werte bei 42,9 Prozent (gut), 39,3 Prozent (befriedigend) und 17,8 Prozent (schlecht).

Alle vier Gruppen sind in ihrer aktuellen Lagebeurteilung zurückhaltender als im Sommer 2023. Allerdings zeigt sich ein differenziertes Bild: Die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Freiberuflerinnen und Freiberuflern beurteilen ihre Lage mehrheitlich als noch gut, gedämpft ist die Stimmung bei den technisch-naturwissenschaftlichen Freiberuflerinnen und Freiberuflern. Noch skeptischer sind die freien Heilberufe. Die freien Kulturberufe schätzen ihre derzeitige wirtschaftliche Lage am schlechtesten ein.

Betrachtet nach Unternehmensgröße zeigt sich: Gerade Solo-Selbstständige sind pessimistischer.

Sechs-Monats-Prognose

Für das kommende Halbjahr erwarten 10,1 Prozent der Befragten eine günstigere, 60,3 Prozent eine gleichbleibende und 29,6 Prozent eine ungünstigere Entwicklung. Eine Verschlechterung gegenüber dem letztjährigen Sommer: Seinerzeit lagen die Werte bei 14,1 Prozent (günstiger), 59,9 Prozent (gleichbleibend) und 26 Prozent (ungünstiger).

Personalplanung

12,8 Prozent der befragten Freiberuflerinnen und Freiberufler schätzen, binnen zwei Jahren mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben, 64,5 Prozent gehen davon aus, gleich viele Beschäftigte zu haben, und 22,7 Prozent befürchten, Stellen abbauen zu müssen. Im Vorsommer zeichneten die Werte mit 14,6, 67,7 und 17,7 Prozent ein zuversichtlicheres Bild.

Konjunkturbarometer

Insgesamt wird das aktuelle Geschäftsklima von den Freien Berufen zwar weniger negativ gesehen als dies gesamtwirtschaftlich der Fall ist, aber deutlich negativer als noch im Vorjahr.

Aktuelle Auslastung der Kapazitäten

Die Auslastung der Freiberuflerinnen und Freiberufler bleibt weiter hoch. 35,2 Prozent der Befragten geben an, dass ihre Kapazitäten überschritten sind. Im vergangenen Sommer lag dieser Wert bei 37,3 Prozent. Zu mehr als 75 bis zu 100 Prozent sind aktuell 41,4 Prozent ausgelastet, 13,5 Prozent zu mehr als 50 bis zu 75 Prozent, fünf Prozent zu mehr als einem Viertel bis zur Hälfte und 4,9 Prozent bis zu einem Viertel.

Perspektivische Auslastung

Auch hier zeigen die Werte eine sich verschärfende Situation. Von denjenigen, die noch nicht überausgelastet sind, erwarten 9,7 Prozent, binnen der kommenden sechs Monate, und 12,1 Prozent, innerhalb der nächsten zwei Jahre über 100 Prozent ausgelastet zu sein. Diese Werte lagen im Sommer 2023 bei 11,4 und 11,3 Prozent.

Beeinflussende Faktoren der freiberuflichen Selbstständigkeit

Laut der Befragten werden zukünftig politische Rahmenbedingungen den größten Einfluss auf ihre freiberufliche Tätigkeit haben. Gefolgt von der Herausforderung, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden.

Über die Umfrage

Repräsentative Umfrage des Instituts für Freie Berufe (IFB) im Auftrag des BFB vom 18. März bis 28. April 2024 unter knapp 3.650 Freiberuflerinnen und Freiberuflern zur Einschätzung ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage, der voraussichtlichen Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten, ihrer Personalplanung und Kapazitätsauslastung.

Der Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB) vertritt als einziger Spitzenverband der freiberuflichen Kammern und Verbände die Interessen der Freien Berufe, darunter sowohl Selbstständige als auch Angestellte, in Deutschland. Allein die rund 1,47 Millionen selbstständigen Freiberuflerinnen und Freiberufler steuern 10,1 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sie beschäftigen über 4,5 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – darunter ca. 129.600 Auszubildende. Die Bedeutung der Freien Berufe für Wirtschaft und Gesellschaft geht jedoch weit über ökonomische Aspekte hinaus: Die Gemeinwohlorientierung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Berufe.

verantwortlich:
Petra Kleining
Pressesprecherin
Reinhardtstr. 34
10117 Berlin

Mobil: 0177-4265861
Telefon: 030-284444-39
Telefax: 030-284444-78
petra.kleining@freie-berufe.de